

Vorwort

In Zeiten zunehmender politischer Polarisierung und aufgeheizter Debatten über gesellschaftliche Werte und Ziele ist es wichtig, Menschen bereits auf lokaler Ebene Gehör zu verschaffen, ihnen Resonanzräume zu bieten und die Erfahrung demokratischer Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Besonders armutsgefährdete Menschen verfügen häufig über geringere Möglichkeiten der sozialen und politischen Teilhabe. Soziale Ungleichheit geht somit mit einer Ungleichheit in der politischen Partizipation und der demokratischen Mitwirkung einher, die sich durch Segregation auch sozialräumlich niederschlägt.

Um den ungleichen Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten auf sozialräumlicher Ebene zu begegnen, sind gerade in benachteiligten Stadtteilen demokratiefördernde Strategien notwendig, die über formale Beteiligungsangebote hinausgehen. In einer handlungsfähigen Gemeinwesenarbeit, die an der Lebenswelt und den Fähigkeiten der Individuen ansetzt und als intermediäre Akteurin zwischen Staat und Wohnerschaft vermittelt, sehen wir großes Potenzial. Dieses haben wir auf konzeptioneller Ebene bereits mit einer Expertise der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) herausstellen können, die als vhw-Schriftenreihe Nr. 20 vorliegt und an deren Erkenntnisse diese Untersuchung anschließt. Denn gegenüber der zentralen Bedeutung, welche der Gemeinwesenarbeit hinsichtlich ihrer demokratiefördernden sowie kohäsiven und inklusiven Wirkung in den Sozialräumen zugeschrieben wird, sind bisher wenig empirisch fundierte Erkenntnisse über ihre realen Wirkungen in der Praxis auch unter den Bedingungen fehlender Finanzierungs- und Förderstrukturen vorhanden.

Daher hat der vhw das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und die Hochschule für angewandte Pädagogik (HSAP) mit einer empirischen Studie beauf-

tragt, um herauszustellen, inwieweit der bestehende Anspruch von Gemeinwesenarbeit an Empowerment, Partizipation und Demokratieförderung unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf sozialräumlicher Ebene umgesetzt werden kann und welche darüber hinausgehenden Potenziale für die lokale Demokratie durch Gemeinwesenarbeit in der Praxis bestehen. Die Untersuchung fand in fünf kontrastierenden Gebieten der Gemeinwesenarbeit statt, wobei sich die Fallstudien sowohl hinsichtlich des professionellen Selbstverständnisses der GWA-Akteure, ihrer Entstehungsgeschichte, Organisationsform sowie Arbeits- und Finanzierungsstrukturen als auch in ihrer geographischen Lage und des sozialräumlichen Kontextes unterschieden. Neben den qualitativen Interviews mit Akteurinnen und Trägern der Gemeinwesenarbeit, Verwaltung und Politik lieferte die standardisierte quantitative Wohnendenbefragung spannende Erkenntnisse, zumal die Unterschiede zwischen den Gebieten hinsichtlich Vertrauen, Engagement und Zusammenhalt besonders deutlich wurden.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse gebietsübergreifend, dass auf lokaler Ebene bereits vielfältige Aktivitäten bestehen, um demokratische Teilhabe einer heterogenen Bevölkerung zu ermöglichen. Eine Weiterentwicklung und bessere Abstimmung verschiedener Modi der demokratischen Beteiligung (repräsentative, direkte und deliberative Demokratie) durch ein Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Wohnerschaft wäre aber empfehlenswert. Auch konnte mit der Untersuchung gezeigt werden, dass eine funktionierende Gemeinwesenarbeit auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene zur Stärkung der lokalen Demokratie beiträgt, aber bestehende Rahmenbedingungen verändert werden müssen, um diese Aufgaben besser wahrnehmen zu können. Dazu zählen u. a. eine dauerhafte Finanzierung durch Bundes- und Landesförderungsprogramme,

die Einrichtung lokaler Anlaufstellen und die Intensivierung des intra- sowie interdisziplinären Fachaustauschs. Diese strukturelle, personelle und finanzielle Unterstützung vorausgesetzt kann Gemeinwesenarbeit tatsächlich den ihr zugeschriebenen Beitrag leisten und neben einer Stärkung der Demokratie auch den Aufbau einer diversitätssensiblen und demokratisch versierten Zivilgesellschaft unterstützen, die den zeitgenössischen sowie künftigen Krisen resilienter gegenübersteht.

Dr. Anna Becker
Seniorwissenschaftlerin &
Clusterkoordinatorin

Dr. Olaf Schnur
Wissenschaftlicher Leiter

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.